

Antrag

der Abgeordneten Dietmar Schütz, Ulrike Mehl, Susanne Kastner, Reinhard Weis (Stendal), Marion Caspers-Merk, Lieselott Blunck, Friedhelm Julius Beucher, Edelgard Bulmahn, Ursula Burchardt, Dr. Marliese Dobberthien, Ludwig Eich, Arne Fuhrmann, Monika Ganseforth, Norbert Gansel, Dr. Liesel Hartenstein, Siegrun Klemmer, Walter Kolbow, Horst Kubatschka, Dr. Klaus Kübler, Klaus Lennartz, Michael Müller (Düsseldorf), Jutta Müller (Völklingen), Harald B. Schäfer (Offenburg), Otto Schily, Wieland Sorge, Ernst Schwanhold, Günther Tietjen, Wolfgang Weiermann, Dr. Axel Wernitz, Hans Georg Wagner, Dr. Peter Struck, Hans-Ulrich Klose und der Fraktion der SPD

Aktionsprogramm zur Sanierung der Ostsee und der Gewässer in den neuen Bundesländern

Der Bundestag wolle beschließen:

I.

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Ostsee und die Gewässer in den neuen Bundesländern wurden und werden durch direkte und indirekte Schadstoff- und Nährstoffeinträge und gefährliche chemische Altlasten so stark geschädigt, daß sie als natürlicher Lebensraum hochgradig gefährdet und teilweise zerstört sind. Ihre Nutzung als Nahrungs- und Trinkwasserquelle und als Wirtschafts- und Erholungsräume ist stark eingeschränkt und zunehmend gefährdet.

Auf zahlreichen internationalen Konferenzen zum Schutz der Ostsee und Nordsee wurde auf die unaufhaltbare Zerstörung dieser Ökosysteme hingewiesen, wenn nicht unverzüglich die Schadstoff- und Nährstoffeinträge drastisch verringert werden. Die vor Jahren beschlossene 50prozentige Reduzierung der Einträge bis 1995 hat bis heute nicht zu den erforderlichen Maßnahmen geführt. Der Eintrag besonders gefährlicher Stoffe muß stärker reduziert bzw. ganz verhindert werden, wie dies auf der letzten Internationalen Nordseeschutzkonferenz teilweise schon beschlossen wurde.

Insbesondere in der DDR wurde ohne Rücksicht auf den erforderlichen Gewässerschutz gewirtschaftet. Aber auch in der Bundesrepublik Deutschland und in den alten Bundesländern ist trotz einiger Fortschritte z. B. in Schleswig-Holstein im Gewässerschutz noch zu wenig geschehen.

Die Kosten für die Gewässersanierung in den neuen Bundesländern werden auf 100 Mrd. DM geschätzt. Viele Maßnahmen zur Sanierung der Ostsee und der Gewässer z. B. im ordnungsrechtlichen Bereich und durch Verhinderung zusätzlicher Belastungen im Bereich Verkehr, Tourismus oder Militär sind ohne größere Kosten durchzusetzen.

Nur ein gemeinsames, schnelles und konsequentes Handeln von Bund, Ländern und Gemeinden kann die Zerstörung aufhalten und die lebenserhaltenden Funktionen der Ostsee und der Flüsse, Seen und des Grundwassers und damit auch die Trinkwasserversorgung in den neuen Ländern sichern. Jeder ist aufgerufen, sich so zu verhalten, daß eine weitere Belastung der Gewässer vermieden wird.

II.

1. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, zur schnellstmöglichen Sanierung der Ostsee und der Gewässer in den neuen Bundesländern folgende Maßnahmen zu ergreifen:
 - 1.1 Feststellung der Schadstoffbelastung der Oberflächengewässer und des Grundwassers in den neuen Bundesländern und der Einleitungen in die Gewässer und in die Ostsee und Aufstellung von Sanierungsplänen in Zusammenarbeit mit den neuen Ländern, um bis 1995 die Einhaltung der EG-Oberflächengewässer- und Grundwasserrichtlinien zu erreichen.
 - 1.2 Unverzügliche Einstellung aller besonders wassergefährdenden Produktionsverfahren und Abwasser- und Abfallbehandlungsmethoden in den Landwirtschafts- und Industriebetrieben und Umstellung auf umweltverträgliche Verfahren nach dem Stand der Technik.
 - 1.3 Kurzfristige Einstellung aller militärischen Aktivitäten und Waffenerprobungen im Küstenbereich, auf der Ostsee und im Gefährdungsbereich von Oberflächengewässern und Grundwasservorkommen, die zu Schadstoff- und Nährstoffeinträgen führen könnten.
 - 1.4 Feststellung, Sicherung und Aufstellung von Sanierungsplänen für alle militärischen Altlasten insbesondere in den neuen Bundesländern und den Ostseeküstengewässern, die zu einer Belastung der Ostsee und der Gewässer geführt haben oder noch führen können. Dies gilt insbesondere für die Altlasten auf den Liegenschaften der NVA und der sowjetischen Streitkräfte und für die chemischen und sonstigen Waffen aus dem Zweiten Weltkrieg auch in der Ostsee.
 - 1.5 Vorlage eines Finanzierungskonzeptes für die von der Bundesregierung vorzunehmenden bzw. zu fördernden Gewässerschutzinvestitionen und Sanierungsmaßnahmen in den neuen Bundesländern.
 - 1.6 Vorlage des Entwurfs zur grundsätzlichen Weiterentwicklung des Bundesnaturschutzgesetzes, um die Ostsee und Flüsse und Seen in den neuen Bundesländern als

Ökosysteme und Biotope vor Eingriffen und Übernutzung wirksamer schützen zu können.

- 1.7 Unterstützung der Maßnahmen der Länder zur Sicherung der Naturschutzgebiete und Nationalparks und der natürlichen Lebensräume an der Ostseeküste und den Binnengewässern.
 - 1.8 Unterlassung des Baus von Produktionsanlagen, Straßen, Autobahnen, Touristikzentren oder sonstigen Einrichtungen, die strengen Umweltverträglichkeitskriterien nicht genügen.
 - 1.9 Vorlage eines Entwurfs zur Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes und der Abwasserverwaltungsvorschriften nach § 7 a WHG, um alle Schadstoffeinleitungen in die Gewässer zu untersagen, die nach dem Stand der Technik zu vermeiden sind.
 - 1.10 Vorlage eines Entwurfs zur Änderung des Wasch- und Reinigungsmittelgesetzes, um die Herstellung und Anwendung von Wasch- und Reinigungsmitteln zu verbieten, die zu einer unnötigen Belastung der Gewässer führen.
 - 1.11 Vorlage eines Entwurfs zur Änderung des Chemikaliengesetzes bzw. der entsprechenden Verordnungen, um das Inverkehrbringen und die Anwendung von für die Gewässer besonders gefährlichen Stoffen zu verbieten bzw. einzuschränken.
 - 1.12 Vorlage eines Entwurfs zur Änderung des Pflanzenschutzgesetzes bzw. der Pflanzenschutzanwendungsverordnung, um insbesondere die Herstellung und Verwendung von Pflanzenschutzmitteln zu verbieten, die zu Schadstoffbelastungen der Gewässer führen können.
 - 1.13 Vorlage der lange angekündigten Düngemittelanwendungsverordnung zur Umsetzung der EG-Nitratrichtlinie mit klaren Regelungen für die stark verminderte Anwendung von Gülle und chemischen Düngemitteln, zur Verhinderung der weiteren Belastung der Gewässer.
 - 1.14 Vorlage von weiteren Regeln umweltschonender Land- und Forstwirtschaft, die z. B. die naturnahe Gestaltung und Nutzung von Gewässerrandstreifen und die Verhinderung von Gewässerbelastungen durch Bodenerosion und Abschwemmungen sicherstellen.
2. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich im Rahmen der jetzt überarbeiteten Helsinki-Konvention, des noch fertigzustellenden internationalen Aktionsprogramms zum Schutz der Ostsee und der in Vorbereitung befindlichen Konvention zum Schutz der Oder für einen schnellwirksamen Schutz der Ostsee und der grenzüberschreitenden Flüsse einzusetzen und die osteuropäischen Staaten dabei zu unterstützen.

Dies gilt insbesondere für den Bau von Kläranlagen und die Verhinderung schädlicher Einleitungen, die Verringerung der

Gefährdungen durch den Seeschiffsverkehr und die Verringerung der Gefährdungen durch Kernkraftwerke, Atomwaffen und radioaktive Abfälle.

3. Der Deutsche Bundestag appelliert an die Bundesländer, zusammen mit den Kommunen, der Industrie und der Landwirtschaft die bestehenden und noch zu beschließenden wasserrechtlichen Vorschriften bei allen Entscheidungen zu berücksichtigen und so schnell wie möglich die erforderlichen Maßnahmen vorzunehmen, um die fortdauernde Verschmutzung der Gewässer zu beenden.
4. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, bis Ende 1993 einen Bericht vorzulegen, in dem die auf nationaler und internationaler Ebene getroffenen Maßnahmen und erreichten Sanierungsergebnisse sowie die dann noch bestehenden Defizite dargestellt werden.

Bonn, den 6. Mai 1992

Dietmar Schütz
Ulrike Mehl
Susanne Kastner
Reinhard Weis (Stendal)
Marion Caspers-Merk
Lieselott Blunck
Friedhelm Julius Beucher
Edelgard Bulmahn
Ursula Burchardt
Dr. Marliese Dobberthien
Ludwig Eich
Arne Fuhrmann
Monika Ganseforth
Norbert Gansel
Dr. Liesel Hartenstein
Siegrun Klemmer

Walter Kolbow
Horst Kubatschka
Dr. Klaus Kübler
Klaus Lennartz
Michael Müller (Düsseldorf)
Jutta Müller (Völklingen)
Harald B. Schäfer (Offenburg)
Otto Schily
Wieland Sorge
Ernst Schwanhold
Günther Tietjen
Wolfgang Weiermann
Dr. Axel Wernitz
Hans Georg Wagner
Dr. Peter Struck
Hans-Ulrich Klose und Fraktion